Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

Juli 2021

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

im Sommer finden traditionell wenige Veranstaltungen statt und noch trifft Corona solche Aktivitäten. Entsprechend knapp fallen die Ankündigungen in diesem Newsletter aus. Es ist zudem für niemanden absehbar, wie lange Einschränkungen – auch wenn sie weniger strikt ausfallen – Verabredungen zu Diskussionen und Veranstaltungen beeinflussen werden. Aus diesem Grund hat der Vorstand des Netzwerks nach Befragung der Mitglieder entschieden, auf den Netzwerkkalender auch im zweiten Halbjahr 2021 zu verzichten und stattdessen weiterhin auf die im letzten Jahr zur Bewährung gelangten Medien der Informationsverbreitung zu bauen. Allerdings wollen wir im ersten Halbjahr 2022 wieder einen Netzwerkkalender für die Monate Januar bis August 2022 herausgeben. Damit ändern wir dann auch die Veröffentlichungstermine und entsprechend die Produktionszeiten. Näheres wird bald bekannt gegeben.
Dieser Newsletter bildet ein Forum, in dem unsere Debattenkultur zu zentralen erinnerungspolitischen Fragen und politischen Streitpunkten jenseits von gewittrigen Schlagworten und kurzatmigen Wortgestammel gepflegt werden kann. Hier wird Platz geboten, vor einer nicht geringen Leser*innenschaft Argumente und Standpunkte zu entwickeln und diese dem sachlichen Widerwort, der produktiven Polemik oder der emphatischen Zustimmung auszusetzen. Gleichgültig wird kaum jemand bleiben. – Und noch etwas: Wir sind jetzt seit einem Jahr in unserem Büro am Pariser Platz in Linden tätig. Es ist ein öffentlicher Ort geworden, der von vielen Menschen aufmerksam wahrgenommen wird. Jede/jeder ist eingeladen, einfach mal vorbei zu kommen.
Allen eine schöne Sommerzeit.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Veranstaltungen im August und September 2021**
- **Berichte und Debatte**

- **Erweiterung des Opfergedenkens auf den Denkmälern Burgwedels**
- **Denk.mal.fest Ahlem**
- **Nachhaltigkeitsbericht**
- **Wohin führen die offenen Türen? Zum Schweigen der hannoverschen „Erinnerungskultur“ angesichts des aktuellen Judenhasses**
- **Was hat spanische Erinnerungskultur mit der Region Hannover zu tun?**
- **Carl-Peters-Denkmal: Eine produktive Debatte führen!**
- **Geschichte der Sklaverei: Eine Buchrezension**
- **Aus dem Schatten der Erinnerung. Spurensuche zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion - in Niedersachsen**
- **Verbrechen der Wehrmachtjustiz 1934 – 1946**
- **Künstlerische Begegnung mit der Maschseekunst**

Veranstaltungen im August und September 2021

Wann wird Deutschland atomwaffenfrei?

Wird unser Mut langen?

Dienstag, 3. August 2021, 19 Uhr

Das Friedensbüro Hannover und der ver.di-Ortsverein Hannover (mit Unterstützung durch Strahlendes Klima e.V. und die Pressehütte Mutlangen) laden anlässlich des Hiroshima-Tages zu dieser Veranstaltung ein.
Gezeigt wird der Film *„Unser Mut wird langen – nicht nur in Mutlangen“*. Es sprechen *Lieselotte Kirstein-Mätzold*, die damals dabei war, und *Heidemarie Dann*, Mitglied im Hiroshima-Bündnis und Vertreterin im Trägerkreis „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“.
Das Friedensbüro hat am 21. Januar mit einer kleinen Demo das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages gefeiert, am 7. Juli, also einen Tag vor dem Flaggentag der Mayors for Peace haben wir mit einem Infostand für die Forderung geworben, dass die Bundesregierung sich dringend diesem Vertrag anschließen soll, was auch unser Rat in einer Resolution gefordert hat.
Wir wollen diskutieren: Welche Möglichkeiten haben wir heute, den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und die Unterzeichnung des Atomwaffen-Verbotsvertrags zu erreichen? Immer noch sind 20 Atomwaffen in Büchel stationiert, gibt Deutschland Unsummen zur Modernisierung der Trägerflugzeuge aus.

Ort: ver.di-Höfe, Goseriede 12 EG

Veranstalter: Friedensbüro Hannover e.V.

Weitere Gedenkveranstaltungen zum Hiroshima-Tag

HIROSHIMA – GEDENKHAIN AUF DER BULT
Donnerstag, 5. August 2021 20 Uhr

Am Vorabend zum 76. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima lädt das Hiroshimabündnis Hannover zum Hiroshima-Hain ein. Das Thema lautet: „Gespräch mit einer Puppe – eine Hibakusha erzählt". Dieser Beitrag wird musikalisch, künstlerisch eingerahmt und mit einem Ausblick in die dringende Notwendigkeit der Abschaffung aller Atomwaffen ausklingen. Im Verlauf des Abends werden Kerzen aufgestellt, um an die Opfer des Atombombenabwurfs zu erinnern. Bitte bringen Sie Kerzen mit.

Hiroshima-Tag

Freitag, 6. August 2021
8 – 8.15 Uhr: MAHNMAL AEGIDIENKIRCHE Gedenkfeier mit Anschlagen der Friedensglocke – Kranzniederlegung durch Bürgermeister Hermann und Herrn Stadtsuperintendent Müller-Brandes, Jugendliche des CVJM legen Papierkraniche nieder Kammerchor Hannover

8.15 – 8.45: Uhr Trauer-Teezeremonie, Teemeisterin und Kulturbotschafterin der Stadt Hiroshima, Hiroyo Nakamoto. Dieser Teil der Veranstaltung ist aufgrund der geltenden Abstands- und Hygienevorschriften nur für geladene Gäste. Einladungen erfolgen gesondert. Wir bitten hierfür um Ihr Verständnis.

16 – 17.30: Uhr Stille, Gebet und Meditation für den Frieden unter Beteiligung verschiedener Religionen – freie Teilnahme ist möglich – Seit dem Evangelischen Kirchentag 2005 erinnert eine Basaltstele an den Atombombenabwurf auf Hiroshima (Organisation: Arbeitskreis Hiroshima, Marktkirchengemeinde)

17 Uhr: Multireligiöse Friedensandacht Vortrag von Haiku auf Deutsch und Japanisch durch Dr. Susanne Schieble, Deutsch-Japanische Gesellschaft Hannover Chadokai e.V. (Organisation: Arbeitskreis Hiroshima, Marktkirchengemeinde

18.30 Uhr: KOMMUNALES KINO Vorstellung der Friedensarbeit „Interpals" des Deutsch-Japanischen Freundschaftskreis Hannover-Hiroshima Yukokai e.V.
20 Uhr: Vorführung des Films: „Gebet einer Mutter" (Deutsch-Japanischer Freundschaftskreis Hannover-Hiroshima-Yukokai e.V.)
20.15 Uhr: Bericht aus Hiroshima

21.30 Uhr: MASCHPARK / PARK DER PARTNERSTÄDTE Treffpunkt: Rückseite Neues Rathaus (Maschpark) Aussetzen der Lampions auf den Maschteich „Zum Gedenken an die Verstorbenen des 6.8.1945 und an die Opfer danach" (Deutsch-Japanischer Freundschaftskreis Hannover-Hiroshima-Yukokai e.V.) Konzert des Kammerchors Hannover. Änderungen vorbehalten.

Maoismus in der Bundesrepublik II
Vortrag von Wilfried Gaum

Mittwoch, 4. August 2021, 16 Uhr

Nach der Übersicht zur Geschichte Chinas in der Periode Maos am 11. März 2020 gibt Wilfried Gaum einen Einblick in eine politische und intellektuelle Gruppe, der heute bedeutende Philosophen, Politiker und Wissenschaftler (Wilfried Kretzschmann, Ulla Schmidt, Jürgen Trittin, Karl Schlögel, Jürgen Baberowski u.a.) angehört haben. In der Politikwissenschaft wird davon ausgegangen, dass in den 70er Jahren in Westdeutschland bis zu 100.000 überwiegend junge Menschen die maoistische Bewegung durchliefen. Was war die Funktion der Anknüpfung am fernen Führer – übrigens in einer Periode, in welcher der „Große Sprung nach vorn", aber auch die „große chinesische Hungersnot" (1958 – 1961) bekannt war und die „Kulturrevolution" (1966-1976) folgte? Eine spannende geistesgeschichtliche Entwicklung, der nachgegangen werden soll.
Literatur: Gunnar Hinck, Wir waren wie Maschinen, Die bundesdeutsche Linke in den siebziger Jahren, Berlin 2012.

Ort: Volkshochschule Calenberger Land Barsinghausen, Langenäcker 38 , 30890 Barsinghausen

Veranstalter: Historisches Colloquium der Volkshochschule Calenberger Land Barsinghausen, Leitung Prof. Dr. Hans-Heinrich Nolte; Anmeldung erforderlich: nadja.heinrichs@vhs-cl.de

---

„Lasst uns reden!" Eine Reihe zum Thema Zusammenleben und Miteinander gestalten vom 6. August bis zum 10. September 2021

Im August und September startet die neue Veranstaltungsreihe „Lasst uns reden!" von der Landeshauptstadt Hannover mit dem ZeitZentrum Zivilcourage, der Stadtteilkultur und den Zentralen Angelegenheiten Kultur sowie dem Kulturzentrum Faust. Im Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe stehen die Themen Zusammenleben und Miteinander gestalten.
Die Aktion „Lasst uns reden!", die neben dem Theodor-Lessing-Platz vor dem ZeitZentrum Zivilcourage und der Wiese neben dem Kulturzentrum Faust auch den Mühlenberger Markt und den Vorplatz des Stadtteilzentrums Stöcken als Austragungsorte vorsieht, bietet eine Möglichkeit, sich zu informieren, Meinungen auszutauschen und Menschen kennenzulernen, die sich für ihre Herzensthemen in der Stadt einsetzen. Dabei gibt es „Speed Datings" mit interessanten Personen, die zu unterschiedlichen Themen mit Euch und Ihnen ins Gespräch kommen möchten. Punks reden mit Omas und zivilgesellschaftliche Organisationen treffen auf Betroffene. Eure und Ihre Meinung ist gefragt!
Eine Kooperation von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur, ZeitZentrum Zivilcourage und Stadtteilkultur sowie dem Kulturzentrum Faust.

Die Termine:

Wie funktioniert gleichberechtigte Liebe? Wie sexistisch ist unser Alltag?
Freitag, 6. August 2021, 17-20 Uhr Faust-Wiese, Hannover-Linden

Mitmachen und Einmischen – kennst Du Deine Möglichkeiten?
Freitag, 20. August 2021, 15-18 Uhr
Mühlenberger Markt am Stadtteilzentrum Weiße Rose Mühlenberg

Meinungsaustausch: äußern und akzeptieren. Wie ist deine Meinung?
Samstag, 4. September 2021, 14-17 Uhr
Auf dem Demokratie-Festival am Stadtteilzentrum Stöcken

Haben wirklich alle Menschen die gleichen Rechte?
Freitag, 10. September 2021, 17-20 Uhr
ZeitZentrum Zivilcourage, Theodor-Lessing-Platz

Beth Olam –Haus der Ewigkeit. Der Alte Jüdische Friedhof in der Nordstadt

Eine Führung

Sonntag, 8. August 2021, 11 – 13 Uhr

Der Friedhof ist ein bedeutendes kultur- und sozialgeschichtliches Zeugnis des hannoverschen Judentums. Wir wollen der Alltagsgeschichte der Juden nachspüren und Einblicke in ihre Bestattungskultur geben.

Treffpunkt: *A*lter Jüdischer Friedhof, Oberstraße; Endpunkt: Alter Jüdischer Friedhof, Oberstraße Dauer: ca. 2 h; Kosten:10 €,

Veranstalter: STATTREISEN HANNOVER e.V., Escherstr. 22, 30159 Hannover, Bürozeiten: Montag -Freitag 10:00 - 12:00 Uhr, Telefon 0511/169 41 66 Telefax 0511/123 83 701
Anmeldung erforderlich!
Männer benötigen eine Kopfbedeckung. Die Teilnahme an der Führung erfolgt auf eigene Gefahr. Wegen des unwegsamen Geländes ist festes Schuhwerk notwendig.

Gedenkfeier für Esther Bejarano

Lesung und Konzert mit Yoram Bejarano & Microphone Mafia

Sonntag, 5. September 2021, 15 Uhr

Esther Bejarano ist im Alter von 96 Jahren am 10. Juli gestorben. Ihre Mahnungen bleiben. Kurz vor dem Tod sagte sie: „Wir sterben jetzt aus. Von den Überlebenden des Holocausts gibt es nicht mehr viele, die von dem Grauen berichten können. Darum ist es so wichtig, dass Erinnerungsarbeit fortgesetzt wird und nicht aufhört, wenn wir nicht mehr da sind. “

Begrüßung: Matthias Müller, DGB-Kreisverband Diepholz
Grußworte: Frank Seidel, Bürgermeister Weyhe, Stephan Korte, Bürgermeister Stuhr
Schulleitung und Schülervertretung
Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin Gelbe Hand (angefragt)
Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender

Ort: KGS Leeste, Schulstraße 40, 28844 Weyhe

Veranstalter*innen: DGB-Kreisverband Diepholz, KGS Leeste gemeinsam mit der Schüler*innenvertretung, Gemeinde Weyhe, Gemeinde Stuhr, Wir sind mehr – Bündnis im Landkreis Diepholz
Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.
Hinweis: Auf die Sicherheit der Teilnehmenden wird angesichts der Corona-Pandemie großer Wert gelegt und die Hygienemaßnahmen beachtet. Bitte bringt eine Gesichtsmaske mit. Der Mindestabstand von 1,5 m wird eingehalten.

---

40 Jahre DGB-Chor

Von November 2020 bis Juni 2021 fanden unsere wöchentlichen Chorproben nur online mit zoom statt. Jetzt proben wir wieder in Präsenz draußen, jeden **Montag ab 19.30 Uhr**, nicht im, sondern **am Freizeitheim Linden (unter dem Zeltdach des Biergartens)**. Wir freuen uns auf neue Kolleg*innen und Mitsänger*innen, so dass wir bald wieder in großer Runde proben können. Dann wird es auch wieder ein Jubiläumsgefühl geben und wir werden Jubiläumsaktivitäten planen und vorbereiten.
Nach der Sommerpause im August sind wir verteten

- am **12. September** zwischen 14 und 18 Uhr auf dem Küchengartenplatz in Linden, mit anderen Jubilaren im Rahmen von „ 615 Jahre Linden jubelt...“.
- am **19. September** nachmittag im Garten des Hauses Querstraße 30 beim KulturLustwandeln in Döhren - mit Afrikanischen Liedern.

Telefon:	Manfred Wassmann	0175/4056209
website:	www.dgb-chor-hannover.de	info@dgb-chor-hannover.de

Berichte und Debatte

Erweiterung des Opfergedenkens auf den Denkmälern Burgwedels

Unser Mitglied Rudi Gutte aus Burgwedel teilt mit: „Am letzten Donnerstag (15. 07.) ist es uns, den „Unabhängigen“, gelungen, einen Antrag zur Erweiterung des Opfergedenkens auf den Denkmälern Burgwedels mit einstimmiger Zustimmung im Rat durchzubringen. Jetzt kann die Arbeit mithilfe der beiden Fachinstitutionen konstruktiv an der Aufarbeitung unserer Ortsgeschichte weitergehen.“ Wir dokumentieren hier den Antrag und Teile seiner Begründung durch Rudi Gutte.

Der Antrag:

Im Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre können wir feststellen: Gegen überraschend heftige Widerstände und jahrzehntelangem Verschweigen der NS-Ortsgeschichte, haben wir in Großburgwedel eine beispielhafte Lösung gefunden, allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft gerecht zu werden. Es bleibt jedoch noch einiges zu tun, denn es gilt allen Opfern der NS-Gewaltherrschaft in Großburgwedel und den in den anderen Ortsteilen der Stadt in gleicher Weise wie unseren hiesigen Gefallenen würdevoll zu gedenken. Das in Großburgwedel erreichte Niveau der Erinnerungskultur fordert uns zur historischen Wahrhaftigkeit in allen Ortsteilen heraus. Treten wir hier und in allen Ortsteilen Burgwedels gemeinsam für die Würde eines jeden einzelnen Menschen ein.

Es sollte uns gelingen, bewusst zu machen, dass Menschen, selbst ganze Völker, verführbar sind. Es bleibt unsere politische Pflicht, immer wieder an die furchtbaren Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus zu erinnern; daran, wozu Hass, Rassismus und nationale Überheblichkeit führen können. Auch welche Zivilisationsbrüche und barbarische Menschheitsverbrechen durch Deutsche und im deutschen Namen begangen wurden. Eine Wiederholung dieser schier unfassbaren historischen Erfahrungen dürfen wir in unserer Bundesrepublik und anderswo nicht wieder zulassen. Auch deshalb sollten wir die Aufarbeitung der damaligen verbrecherischen Geschehnisse in unserer Gemeinde/Stadt weiterführen und ohne falsche Rücksichtnahme abschließen. Wir schlagen daher folgende Maßnahmen und Schritte vor:

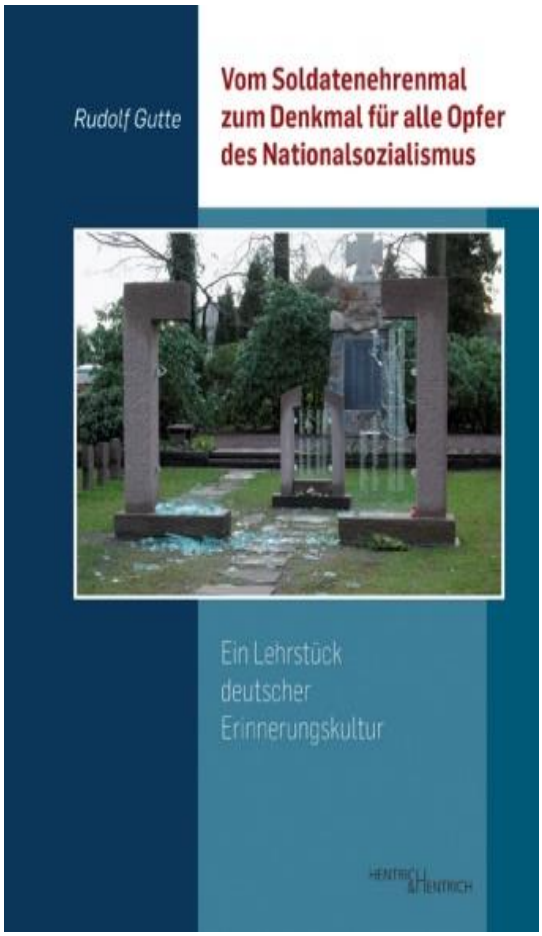
1. Es werden die notwendigen Recherchen zu weiteren Opfern und –gruppen in allen Ortsteilen von Burgwedel durchgeführt. Die Ergebnisse werden in einer Publikation festgehalten.
2. Die Namen und Lebensdaten bisher nicht bekannter oder berücksichtigter Opfer werden anschließend auf den Friedhöfen und in den Gräberlisten dokumentiert.
3. Die Ehrenmale und/oder Informationstafeln in den Ortsteilen werden entsprechend ergänzt, kommentiert oder neu gestaltet.
4. Verlegung von weiteren Stolpersteinen für während der NS-Zeit ermordete frühere jüdische Einwohner von Großburgwedel.

Aufgrund der positiven Erfahrungen haben wir über die beantragten Maßnahmen mit Mitarbeitern der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten sowie mit denen des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberstätten beraten. Beide Fachorganisationen sind bereit, die Stadt bei der Wahrnehmung der beantragten Aufgabenstellung zu unterstützen. Darüber hinaus haben wir eine Kurzdarstellung der örtlichen Vorgeschichte den acht beantragten konkreten Maßnahmen vorangestellt.

Gez. R. Gutte Burgwedel dem 28. 06. 2021

Auszüge aus der Wortmeldung Rudi Guttes zur Begründung des Antrags auf der Gemeinderatssitzung am 15. Juli 2021:

„1. Was denken wir uns dabei, wenn z. B. am Rande des Friedhofs im Wettmar zwei Sowjetsoldaten beerdigt liegen, deren Namen auf dem Grabstein nicht mehr lesbar sind? Die junge polnische Zwangsarbeiterin liegt namenlos daneben. Wer weiß eigentlich warum diese ihr Leben verloren?



2. 28 Säuglinge osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen „verhungerten“ hier am Ort. Ihr Tod wurde über 60 Jahre verschwiegen und vergessen. Selbst heute wird noch behauptet, man wisse nicht, wo die Grabstellen der Säuglinge lagen. Was soll solch eine Äußerung bringen? Der Verwaltung liegen die Fotokopien aus dem Grabstätten Buch unseres Friedhofs mit allen Angaben vor.

Seit 1956 gibt es das Kriegsgräbergesetz, das allen Kriegsopfern ein dauerndes Ruherecht zusichert. Also auch diesen Opfern.

3. Zur Bedeutung der Säuglingstötung: Auf dem Gebiet des heutigen Land Niedersachsen waren es zwischen 2000 und 3000,.im Reich zwischen 50 und 100 Tausend. Kinder von, als „Untermenschen“ klassifizierten Müttern. […]

4. Natürlich sollten die verstorbenen Säuglinge 2006 -2009 nicht aufs „Ehrenfeld“. Das sei nur den Gefallenen und Vermissten deutschen Soldaten, vorbehalten hieß es zunächst. 8 zu 1 Stimmen gegen die Aufnahme der Säuglinge auf das MM, war das erste Ergebnis im damaligen Ortsrat.

5. Wie ist es zu erklären, dass es unserer Verwaltung seit neun Jahren nicht gelungen ist, die amtlichen Meldebögen mit den Hinweisen auf zwei weitere Juden unseres Ortes, Hermann Wilfried und Benjamin Hermann Goldschmidt, wieder zu beschaffen. Beide trugen noch den Zwangsnamen Israel.

Zwei Schüler und ich haben gemeinsam den großen Bogen ausgewertet. Mindestens ein Dutzend Patienten der Pestalozzi-Stiftung werden auf dem wichtigen Meldeblatt erwähnt. Sie wurden als Abgänge an staatliche Psychiatrien nach Hannover und Hildesheim gemeldet. Die Wiederbeschaffung des wichtigen amtlichen Meldeblattes ist das Mindeste, was zu erwarten ist.

6. Um die Bedeutung der Wiederbeschaffung zu erklären: Mehrere Kleingruppen waren im Sitzungsaal damit beschäftigt, verschiedene amtliche Meldebögen auszuwerten. Auf allen waren auch Abgänge von Patienten in staatliche Heil- und Pflegeanstalten eingetragen. Was ist

diesen Menschen dort geschehen? Das Muster war, auf die Weiterleitung zur „Sonderbehandlung“ folgte der „Gnadentod“.
7. Warum ist uns der Tod des 18-jährigen Juden aus Antwerpen, der nachweislich in der Fuhrberger Scheune, in der eine große Gruppe von KZ-Häftlingen beengt eingepfercht war, nicht des Gedenkens wert? Gab es dort nicht wie in GBW andere Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter*innen, die dort ums Leben gekommen sind?
8. Die Notwendigkeit der Einschaltung der Wehrmachtsauskunftstelle ergibt sich eigentlich schon aus der Reaktion des Pastors Junge anlässlich des Volkstrauertages in Fuhrberg.“
Rudi Gutte

Denk.Mal.Garten.Fest 2021

Ich war zumindest am Sonntag dort, und es hat mir gut gefallen. Eine hervorragende Gelegenheit, die Gedenkstätte über die üblichen Kreise hinaus bekannter zu machen - wenn Neubau und Direktorenhaus für Besucher*innen zugänglich gewesen wären.
Mir wurde gesagt, Personalmangel hätte eine Öffnung verhindert. Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen. Wenn es schon nicht möglich war, fachlich betreute Führungen anzubieten, wie es sich gehört hätte, dann wäre angesichts des reichlich vorhandenen Sicherheitspersonals doch eine Öffnung mit 1-2 Aufsichtspersonen pro Stockwerk denkbar gewesen, wie das in vergleichbaren Museen üblich ist. Schließlich gibt es einen sehr guten Audioguide zur selbständigen Information.
Schade eigentlich. War der Förderverein nicht einbezogen? Ich denke, seine Mitglieder hätten diese Aufgabe gut und engagiert durchführen können, wenn die Gedenkstätte selber personell zu schmal besetzt ist.
Michael Pechel

Hannover auf dem Weg zur Nachhaltigkeit?

Die LHH hat vor wenigen Tagen mit insgesamt 6 umfangreichen Bänden ihren NACHHALTIGKEITSBERICHT 2020 veröffentlicht (Online unter www.hannover.de/nachhaltigkeitsbericht-lhh). Band 5 ist der Dimension Kultur gewidmet. Im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses „Mein Hannover 2030“ geht es auf knapp 50 Seiten um Ziele wie „eine starke und anziehende Kulturstadt“, „Sicherung des kulturellen Erbes“; „Kulturdialoge auf allen Ebenen“, lokale Netzwerke und gemeinsame Verantwortung.
Ich blättere interessiert im UNTERZIEL 15. 3: Kulturelles Erbe bewahren. Und gelange zu # 87. Stadtgedächtnis und Erinnerungskultur. Eingegangen wird hier auf drei Themen: Städtische Archive, KOKI und (film)kulturelles Erbe sowie Erinnerungskultur. Interessant ist ihr Verhältnis zueinander: Das Thema Archive wird mit 5.500 Zeichen (einschl. Leerzeichen) abgehandelt, dem KOKI wird ein Text von 1.850 Zeichen gegönnt, die Erinnerungsarbeit erhält mit Überschrift – 438 Zeichen:

Erinnerungskultur

> Die LHH eröffnet im Frühjahr 2021 unter dem Namen ZeitZentrum Zivilcourage einen Lernort zur hannoverschen Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus in zentraler Innenstadtlage. Dort wird Schüler*innen und anderen Besucher*innen die Geschichte des Nationalsozialismus in Hannover einschließlich seiner Ursprünge sowie das Wirken rechtsextremer Organisationen und rassistischen Gedankenguts bis in die Gegenwart vermittelt.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich halte die lokalen Archive wie auch das KOKI für ausgesprochen wichtige Einrichtungen, frage mich allerdings, warum die LHH über 2 Millionen Euro in den Aufbau des ZeitZentrum Zivilcourage steckte, wenn das Thema „Erinnerungskultur" anscheinend doch nicht so wichtig ist. Mal abgesehen davon, dass auch der eine oder andere Satz darüber verloren werden könnte, dass in diesem Bereich diverse Personen und Vereine seit Jahrzehnten ehrenamtlich unterwegs sind. … Aber das ist wohl zu viel verlangt.
Michael Pechel

Wohin führen die offenen Türen?
Zum Schweigen der hannoverschen „Erinnerungskultur" angesichts des aktuellen Judenhasses

Dem Bemühen um eine lokale Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Hannovers bin ich eng verbunden. Seit vielen Jahren Mitglied des AK *Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer* waren mir dabei die stetige Unterstützung und Anerkennung unserer Arbeit durch Vertreter*innen der Stadtverwaltung sehr angenehm. Doch blieb – zumindest bei mir – ein unterschwelliges Unbehagen an dem „Offene-Türen-Einrennen": Wie kann es sein, dass die Beschäftigung mit dem Grauen allseits auf Wohlwollen und Schulterklopfen stößt? Lediglich „die Rechtsextremen" schienen abzuweichen von dem identitätsstiftenden Konsens.

Im Mai, während die Hamas tausende Raketen auf israelische Zivilist*innen feuerte, begleitet von judenfeindlichen Sprechchören auf deutschen Straßen und vor Synagogen, hat dieses Unbehagen einen Beiklang von Frustration und Empörung bekommen. Wie äußert sich die Stadt Hannover? Wie das Z? Wie unser Netzwerk EuZ?

Das Z äußert sich gar nicht. Auf seiner Facebook-Präsenz ließen sich in diesem Monat neben historischen Themen zwar Postings zur Einordnung des deutschen Kolonialkrieg in Südwestafrika als Völkermord und zum Jahrestag der Ermordung von George Floyd finden, zum aktuellen israelbezogenen Antisemitismus vor Ort in Hannover stand dort aber nichts (Stand 31. Mai).[1] Kay Schweigmann-Greve hat als Vorsitzender der DIG Hannover auf der Demonstration am 15. Mai seine Enttäuschung über dieses Schweigen zum Ausdruck gebracht:

> "Die Landeshauptstadt Hannover hat sich – ohne weitere Begründung – entschieden, keinen Vertreter zu unserer Veranstaltung zu schicken. Das finde ich traurig. Zur Glaubwürdigkeit des neuen Zeitzentrums Zivilcourage trägt es nicht bei, wenn die Stadt nicht da ist, wenn es darauf ankommt!"[2]

---

[1] https://www.facebook.com/dasZhannover
[2] Manuskript der Rede von Kay Schweigmann-Greve.

In unserem Netzwerk EuZ, das, wie das Z, schon in seinem Namen die Beschäftigung mit dem (scheinbar) Vergangenen als Voraussetzung für die Gestaltung einer anderen Zukunft ausweist, sollte in besonderem Maße die Kompetenz vorhanden sein für die Auseinandersetzung mit den Gefühlserbschaften des Nationalsozialismus, für Schuldabwehr- und Schuldanerkennungs–antisemitismus, für die alten und für die neuen (israelbezogenen) Formen des Judenhasses. Das Netzwerk hätte eine wichtige Perspektive beizutragen für dessen Analyse und Bekämpfung. In seinem Newsletter findet sich denn auch eine kurze und klare Stellungnahme des Fördervereins der Gedenkstätte Ahlem. Sie sei hier aufgrund ihrer Einzigkeit noch einmal vollständig dokumentiert:

> "Wir hören in diesen Tagen von Ausfällen und Schmähungen in unserem Land gegen Jüdinnen und Juden. Davon sind wir tief betroffen. Sie stellen nicht zuletzt die Wirkung unserer Erinnerungskultur infrage, die dazu dienen soll, den unschätzbaren jüdischen Beitrag zu unserer Gesellschaft in Gegenwart und Vergangenheit im Bewusstsein zu halten, den Judenhass für immer zu beseitigen und eine Wiederholung des von den Deutschen an den Juden verübten Völkermords auszuschließen.
>
> Der Förderverein steht fest an der Seite der jüdischen Bürger, Bewohner und Besucher unseres Landes. Er fordert die konsequente Härte des Rechtsstaats gegen alle, die Leben, Leib und Ansehen dieser Menschen bedrohen, und erwartet von unseren nichtjüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern dieselbe entschiedene Haltung. Nicht weniger nachdrücklich ruft der Förderverein zur Solidarität mit Israel auf, dem Staat, den die von dem Antisemitismus in aller Welt vertriebenen Jüdinnen und Juden gegründet haben und der ihnen noch heute einen Zufluchtsort bietet."

Warum bleiben diese Worte – meinem Eindruck nach – aber weitgehend isoliert und finden wenig Resonanz in der hannoverschen "Szene"?

Es scheint eine Unsicherheit zu herrschen, was man als Antisemitismus benennen will und was nicht. Der Brandanschlag auf das Wohnhaus eines älteren jüdischen Ehepaares in Hemmingen rief 2019 in der hannoverschen Öffentlichkeit viele Äußerungen des Entsetzens und der Solidarität hervor. Aber wenn der Antisemitismus sich zunächst als Ressentiment gegen Israel, dem Juden unter den Staaten, ausdrückt, herrscht Schweigen und Gemurmel über die Kompliziertheit der Situation in Nahost. Die antisemitische Mentalität zu bekämpfen heißt, sie auch und vor allem im eigenen sozialen Umfeld und in den eigenen Gefühls- und Wahrnehmungsweisen aufzuspüren und ans Licht zu zerren. Die Antisemit*innen sind nicht (nur) die Anderen.

Eine solche Weglenkung des Fokus schwingt in einem Text der Januar-Ausgabe des EuZ-Newsletters mit: „Erinnerungskultur ist kein Theater" von Peter Schyga.[3] In einer Auseinandersetzung mit Positionen von Michel Friedmann und Max Czollek plädiert der Text zunächst entschieden für eine Kultur der „Kritik und Selbstkritik“, gegen eine „Wohlfühl-Erinnerungskultur“ und gegen eine moralische Selbstüberhöhung durch die Identifikation mit den Opfern. Dem lässt sich nur zustimmen. Auf diese Hervorhebung der eigenen Kritikfähigkeit folgt dann aber ein Abweisen der tatsächlichen Kritik, welche die beiden jüdischen Intellektuellen an der deutschen Erinnerungskultur als oberflächlichem „Erinnerungstheater“ geübt haben und stattdessen eine Konzentration auf rechtsextreme Angriffe gegen die

[3] http://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/wp-content/uploads/2021/01/Newsletter-Januar-2021.pdf

Erinnerungskultur. Liam Harrold hat in seinem Beitrag für eine der folgenden Newsletterausgaben die Kritik von Friedmann und Czollek verteidigt und dazu aufgefordert, die oft unerkannt stolze Haltung des „Erinnerungsweltmeisters“ zu hinterfragen.[4] Das muss auch latente Stimmungen beinhalten, ist unabschließbar und konfrontiert mit Ängsten, Bodenlosigkeiten und Schuldgefühlen. Ansonsten aber droht eine Unfähigkeit und eine Abwehr, angemessen auf die Wiederkehr des nie verschwundenen Judenhasses zu reagieren, sie überhaupt zu erkennen.

Und die Stadt Hannover? Sie verbreitet zusammen mit der Jüdischen Gemeinde, der Palästinensischen Gemeinde, dem Landesverband der Muslime und Ditib einen Appell „Für ein respektvolles Miteinander“.[5] Ohne die Liberale Jüdische Gemeinde und mit Ditib. Der ehemalige MdL Michael Höntsch kommentiert den Appell: „Ich habe so ein Wischiwaschi noch nicht gelesen“.[6] In diesem Appell wird klargestellt, dass neben dem Antisemitismus und „Islamfeindlichkeit“ auch „Palästinenserhass“ und neben Angriffen auf Synagogen auch solche auf „Kirchen oder Moscheen“ „nicht toleriert“ werden. „Nicht toleriert“? Warum muss das überhaupt erwähnt werden? Und wo gab es im Kontext des Gazakrieges Angriffe auf Kirchen oder Moscheen aus Palästinenserhass in Deutschland? Klar stellt der Appell fest: „Pauschalisierte verbale Äußerungen wie etwa ‚die Juden‘ oder ‚die Palästinenser‘ müssen unbedingt vermieden werden“ – während gleich der erste Satz des Vorspanns zum Appell auf der Homepage der Landeshauptstadt vom „eskalierenden Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser*innen“ spricht.

Die Gewalt ist in diesem Text eine Art akteurs-, inhalts- und zeitloser Dämon, der alle befallen kann und gegen den alle gemeinsam angehen müssen, indem sie feinfühlig und behutsam Respekt für die zeigen, die von ihm besessen sind. Antisemitismus wird dabei als strukturell identisch mit Rassismus behandelt. Beide „Konfliktparteien“ (demokratischer Staat und islamistische Terrororganisation) werden vom hannoverschen Oberbürgermeister und seinen Mitunterzeichner*innen mit einer gehörigen Portion Selbstgewissheit als über den Dingen stehenden Richtern aufgefordert, ihr böses „Blutvergießen“ zu beenden.

In den komplexen Intersektionalitäten der deutschen Migrationsgesellschaft kann die Judenfeindschaft ein Medium der Integration bilden. Gegen Israel sind deutsche Nazis ebenso wie Islamist*innen und auch nicht Wenige, die sich für links halten. Der Antisemitismus kann aber auch als von muslimischen Migrant*innen importiert imaginiert werden. AfDler*innen, Konservative und wieder so manche „Linke“ finden sich hinter diesem Narrativ zusammen. Oder er wird gut sozialdemokratisch nur den rassistischen Rechten zugeschrieben. Auch so wird man ihn selbst los. Nur stören dann jüdische Stimmen, die das Ganze als Show entlarven. Und die fehlende Auseinandersetzung mit dem ganz eigenen Ressentiment verhindert die eindeutige und öffentliche Positionierung gegen jede Form von Antisemitismus. Rebecca Seidler, die Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde, benennt die gefährliche Dynamik, die aus dem Schweigen zum Antisemitismus der scheinbaren Anderen entsteht und auf die Mehrheitsgesellschaft zurückschlägt:

---

[4] http://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/wp-content/uploads/2021/05/Newsletter-Mai-2021.pdf

[5] https://www.hannover.de/Service/Presse-Medien/Landeshauptstadt-Hannover/Aktuelle-Meldungen-und-Veranstaltungen/%22F%C3%BCr-ein-respektvolles-Miteinander%22

[6] https://www.facebook.com/michael.hoentsch/posts/10222392092246157

„Die Gemeindemitglieder berichten von einer massiven Zunahme antisemitischer Äußerungen. Sei es am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, aber auch im Kontext Schule und Studium. Daran wird deutlich: Antisemitismus hat viele Gesichter. Deswegen sind für uns auch nicht nur diese Protestmärsche bedrohlich, sondern was diese auslösen in der Mehrheitsgesellschaft.“[7]

„Es macht sich Resignation breit in die ist doppelt gefährlich.“ (Höntsch)[8] Was hat sich hinter den Fassaden unserer glänzenden Erfolge in der Erinnerungskultur überhaupt verändert? Befanden sich die offenen Türen nur in den schön anzusehenden Häusern Potemkin‘scher Dörfer?

Sebastian Winter

Was hat spanische Erinnerungskultur mit der Region Hannover zu tun?

„Testimonial Objects' hieß eine Ausstellung, die jüngst in der Galerie Bohai am Schwarzen Bären zu sehen war. Sie zeigte alltägliche Dinge wie Kleidungsstücke und Habseligkeiten, die die Diktatur Francos überdauert haben – und sie lässt die Nachfahr*innen der einstigen Besitzer*innen zu Wort kommen.

1936 hatte Francisco Francos mit tatkräftiger Unterstützung rückwärtsgewandter Nationalisten der jungen spanischen Republik die Daseinsberechtigung abgesprochen – und einen drei Jahre währenden blutigen Bürgerkrieg ausgelöst. Die erzkonservativen Kräfte brachten genügend Kapital und Kriegsmaschinerie auf, um reformorientierte, linke Spanier*innen vernichtend zu schlagen. Und die befreundeten Diktaturen – Deutschland, Italien und Portugal – taten das Ihrige um den „Generalísimo“ zu unterstützen. Besonders erschütternd war der Angriff auf Guernica am 26. April 1937: Unter Leitung von Wolfram von Richthofen war die Legion Condor vom Fliegerhorst Wunstorf aus gestartet und hatte die baskische Stadt zerstört. Pablo Picasso hatte dieses schreckliche Ereignis in einem berühmt gewordenen Bild festgehalten – erstmals zu sehen auf der Pariser Weltausstellung im selben Jahr. Eine Präsentation In Spanien war für die Zeit nach Wiedererlangung der Demokratie vorgesehen. Bis dahin vergingen allerdings Jahrzehnte.

Der Bürgerkrieg endete zwar 1939, doch das Martyrium ging für viele weiter: Die Putschisten rächten sich grausam an den Verteidiger*innen des republikanischen Spaniens. Diese wurden verfolgt, verhaftet, gefoltert, umgebracht und schließlich würdelos verscharrt, meist an nicht gekennzeichneten bzw. unbekannten Orten. Um zu überleben, verfielen die Angehörigen in ein schmerzvolles Schweigen, das oft bis zu ihrem Tod anhielt.

Auch nach Francos Ableben löste sich diese Erstarrung nur langsam auf. Erst ganz allmählich folgte der akademischen Auseinandersetzung mit der Thematik auch eine gesellschaftliche Aufarbeitung durch die Kinder und Enkel*innen der Opfer. Eine von ihnen ist die Valencianerin Amparo Belmonte Orts. Sie setzte diesen Prozess gemeinsam mit der Künstlerin María Amparo

[7] https://www.deutschlandfunk.de/antisemitismus-was-die-polizeistatistik-sagt-und-was-nicht.886.de.html?dram:article_id=497608

[8] https://www.facebook.com/michael.hoentsch/posts/10222379832659675

Gomar Vidal in der kleinen, aber eindrucksvollen Wanderausstellung „Testimonial Objects' wirkungsvoll in Szene.
Die Website ihrer Organisation ist ein Spiegel des in Hannover Gezeigten [https://plataformafosaspaterna.org] und bietet zugleich noch viel mehr Eindrücke, die die Beschäftigung mit diesem Teil der spanischen Geschichte mit sich bringt. Doch das ist erst der Anfang. Amparo Belmonte Orts ist gemeinsam mit vielen anderen Angehörigen im Begriff, würdige Formen des Andenkens und Anregungen für ein angemessenes Mahnmal zu entwickeln.

Da die Vernissage kurz nach der Eröffnung des ZeitZentrums Zivilcourage / Hannover stattfand, eröffnete sich mir die Gelegenheit, ihr dieses vorzustellen. Sie war tief beeindruckt von den Formaten, die dort genutzt wurden, um das nationalsozialistische Gedankengut und die grausame Praxis zu veranschaulichen – und die Besucher*innen für analoge Entwicklungen im Hier und Heute zu sensibilisieren. Und sie war überrascht, dass auch in Deutschland eine umfassende Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit mit ähnlich großer Zeitverzögerung stattgefunden hatte wie in ihrer Heimat. Die Gründe dafür sind offensichtlich. Hier wie da waren die personellen Verflechtungen zwischen dem alten und dem neuen System zu groß. Erst mit einer entsprechenden zeitlichen Distanz sind die Opfer bzw. ihre Nachkommen in der Lage, sich selbstbewusster zu positionieren. Diese Phase hat in Spanien inzwischen begonnen: In der valencianischen Heimat von Amparo Belmonte Orts schlossen sich im März 2019 über 350 Familien zusammen, um die individuellen Leiden gemeinsam zu bewältigen und öffentliche Anerkennung für das Erlittene zu erwirken. Wenige Monate später wurden die sterblichen Überreste von Franco aus der monumentalen Gedenkstätte “Valle de los Caidos" nach Pardo-Mingorrubio am Rande Madrids überführt, wo auch seine Witwe Carmen Polo begraben liegt. Und jüngst hat die spanische Regierung ein „Gesetz zur demokratischen Erinnerung“ auf den Weg gebracht, um dem Franquismus endlich ein Ende zu setzen. Es soll unter anderem Urteile aus der Diktatur annullieren und die Verherrlichung des Franquismus verbieten. Ein Vorhaben, das Kritiker*innen nicht weit genug geht, da das Amnestiegesetz von 1977, das alle Verbrechen des Franquismus begnadigte, unangetastet bleibt – ebenso wie die Amtsgeheimnisse dieses diktatorischen Regimes.

Indes wird an vielen Orten Spaniens über angemessene Formate für die lokale Erinnerungskultur nachgedacht. Amparo Belmonte Orts und ihre Mitstreiter*innen hatten sich diesbezüglich weitergehende Inspirationen von einem erneuten Hannover- bzw. Deutschlandbesuch erhofft. Die Covid-19-Pandemie hat diese Pläne bis auf weiteres vereitelt. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.
Anke Biedenkapp

Carl-Peters-Denkmal: Eine produktive Debatte führen!

Der Verein Kargah, wohlbekannt für sein jahrzehntelanges Engagement in Sachen Integration und Demokratisierung der Stadtgesellschaft, hat im Februar dieses Jahres mit einer Unterschriftensammlung die Initiative gestartet, das Carl-Peters-Denkmal auf dem Bertha von Suttner Platz in Hannovers Südstadt zu beseitigen. Unter dem Motto „Keine Denkmäler für Verbrecher“ haben Kargah und einige Mitstreiter*innen Anfang Juli mit einer kulturellen Aktion eine breitere Öffentlichkeit erreicht. Die HAZ widmete den Leserbriefreaktionen zu diesem Thema am 6. Juli fast eine gesamte Zeitungseite. Der Tenor der Zuschriften klingt fast einmütig: Mit dem Schleifen dieses schier unerträglichen Monuments deutscher Verbrechensverherrlichung würde auch die Erinnerung an die Taten des Kolonialkriegers Carl-Peters und die Auseinandersetzung mit den rassistisch-imperialen Motiven der Erbauer 1935 getilgt. Stellvertretend für eine Reihe von Stellungnahmen sei hier aus einem Leserbrief des Leistungskurses Geschichte der St. Ursula Schule Hannover zitiert:

„Unserer Meinung nach sollte eine klar erkennbare Informationstafel das Denkmal zu einem Mahnmal machen, sodass Passanten über Carl Peters und seine Verbrechen aufgeklärt werden – wer weiß etwa, was damals geschehen ist und welche heutigen Länder und Völker einst unter deutschem Kolonialismus in Ostafrika litten und sich dagegen zur Wehr setzten? Dann soll erklärt werden, warum genau diese Darstellung, dieser Ort und diese Person von den Nazis ausgewählt wurde, um ihre Propaganda zu verbreiten. Schließlich sollten die Debatten von 1988 (Bronzetafel), 1994 (Umbenennung des Platzes) und jetzt im Jahr 2021 beleuchtet werden, damit erkennbar ist, warum die Entscheidung für eine Erhaltung getroffen wurde. Aus dem Denkmal für einen Kolonialverbrecher soll ein Mahnmal über die Kolonialzeit, die NS-Propaganda und eine Erinnerung an die Wichtigkeit der Aufarbeitung von Geschichte gemacht werden, welche immer noch nicht abgeschlossen ist. Zusätzlich wäre ein Denkmal für die Opfer von Carl Peters sehr wohl angebracht. Es würde der Vergangenheit mehr Kontext schaffen und der Zukunft in unserer weltoffenen Stadtgesellschaft heute mehr Gestaltungsräume eröffnen. Die Initiative des Vereins Kargah hat zu Recht eine Debatte gefordert – diese sollte

demokratisch und pluralistisch geführt werden. Eine Entsorgung der Geschichte halten wir dagegen für eine voreilige Scheinlösung."
Von Mitgliedern des Netzwerks wurden Leserbriefe (Horst Dralle und von Michael Pechel) veröffentlicht, die beide in diese Richtung gehen: Erhalten und durch Erläuterungen in sein Gegenteil wenden als wichtigen Baustein von Erinnerungskultur in Hannover. Der Vorstand des Netzwerks hat sich auf einer Sitzung mit der Kontroverse beschäftigt. Seine Mitglieder, die zum Teil schon an der Umwidmung des Platzes und der Anbringung des gegenwärtigen Erläuterungstextes beteiligt waren, waren sich in der Debatte einig, dass mit diesem Monstrum Entscheidendes geschehen müsse. Die einst angebrachte Tafel wirke wie in das Schandmal integriert und es bedürfe ausführlicher Erläuterung, wie sie die hier zitierten Schülerinnen und Schülern skizziert haben.
Darüber hinaus regt der Vorstand jedoch an, dieses Denkmal massiv mit künstlerischen Mitteln zu dekonstruieren. Denn er ist der Ansicht, dass sich die heutige Stadtgesellschaft keineswegs mit in jeder Hinsicht hässlichen Relikten der Vergangenheit in ihrem Stadtbild abfinden muss und darf. Produktive Dekonstruktion soll – wie immer sie gestaltet werden kann – das Denkmal soweit zerstören, dass zum Ausdruck kommt: Das Ding wollen wir hier nicht. Und zugleich sollte diese Zerstörung bei Beibehaltung von Relikten oder Teilen die inhaltliche Auseinandersetzung mit Kolonial- und NS-Geschichte, in dem Sinne, wie es die Schulklasse formuliert hat, in ansprechender gestalterische Form – nicht noch eine ziemlich langweilige Tafel – organisiert werden.
PS

Geschichte der Sklaverei – eine Buchrezension

Wieviel Gehaltvolles in ein schmales Buch passen kann, beweist Andreas Eckert in seinem jüngst in der Reihe Beck Wissen erschienenen Werk „Geschichte der Sklaverei – von der Antike bis ins 21. Jahrhundert". Wer, wen, wann, warum in diesem langen historischen Zeitraum versklavt hat, wie Sklavenhalter und -händler in dieser besonderen Herrschaftsbeziehung die soziale Vernichtung des Menschen betrieben haben, ist Thema. Zugleich lenkt der Autor die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass die „gewaltförmige Herrschaft durch Sklaverei jedoch politische Aktivitäten (generierte). […] Die Geschichte der Sklaven liegt zwischen Widerstand und Nichtbeachtung, nicht in der Natur ihres Zustands, sondern in ihrem fortwährenden Bemühen, diesen Zustand zu verändern oder zumindest abzumildern." Leser*innen weitet sich bei der Lektüre der Blick über die oft wohl bekannten Dimensionen der Grausamkeiten des transatlantischen Sklavenhandels, der „umfassendsten Zwangsmigration der Weltgeschichte", und der amerikanisch/karibischen Sklaverei auf den Kaffee-, Zuckerrohr und Baumwollplantagen in andere Weltzeiten und Weltgegenden. Die athenische Demokratie wäre mit ihren vielfältigen Beteiligungsformen ohne das wirtschaftliche Surplus aus der Sklavenausbeutung kaum funktionsfähig gewesen, die Expansionspolitik des römischen Reichs seit dem dritten vorchristlichen Jahrhundert ohne den massiven Einsatz von Sklaven schwer vorstellbar. Vom Mittelalter meinen wir zu wissen, dass die Feudalgesellschaften zwar auf persönliche und damit besonders unfreie soziale Verhältnisse gründeten, Sklaverei jedoch aus religiösen Gründen untersagt war. Doch an den Peripherien der Einflussgebiete der großen monotheistischen Religionen entstanden neue „Versklavungszonen" mit dem Mittelmeer als

Zentrum. Und – die Zuckerrohrplantagen auf den Inseln vor der Küste Westafrikas „dienten gleichsam als Labor, in dem die Europäer das logistische und agrartechnische Knowhow akkumulierten“, das dann in den Plantagenkolonien Nord- und Südamerikas, in der Karibik oder Südostasien ihre massenhafte Anwendung finden sollten. Millionen afrikanische Menschen – die detaillierten Zahlenangeben, die der Autor liefert, müssen hier nicht reproduziert werden – litten im trans- und subsaharischen Sklavenhandel, bei der maritimen Verschleppung über den Indischen Ozean – hier erreichte der Sklavenhandel im 19. Jahrhundert mit geschätzten 1,5 Millionen Menschen allein aus Ostafrika seinen Höhepunkt – oder den Atlantik. Diese regelmäßigen Transporte menschlicher Massenware bildeten einen zentralen Bestandteil eines ab dem 16. Jahrhundert aufblühenden Welthandels, der die unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisationen und Systeme miteinander verband. Rohstoffe, Genussmittel, protoindustrielle Produkte waren Tauschprodukte im Sklavenhandel, so dass nicht nur die wichtigsten westeuropäischen handelskapitalistischen Mächte vom Sklavenhandel und der Plantagenökonomie profitierten, sondern auch etwa Metall- oder Textilmanufakturen, Banken, Reeder und Werften sowieso in den europäischen Kernländern.

Natürlich nimmt sich der Autor Raum, den mühseligen und langen Weg der Beendigung des Sklavenhandels seit dem 19. Jahrhundert und der späteren Abschaffung von (offizieller) Sklaverei nachzuzeichnen. „Aus diesen Dekaden (1770 bis 1830, PS) ging die Sklaverei im atlantischen Raum geschwächt und zugleich gestärkt hervor.“ Während sich die Sklaven und Sklavinnen auf Saint-Dominque, dem heutigen Haiti, in einem lange währenden Revolutionskampf seit 1791 mit der Ausrufung einer eigenen Republik 1804 befreien konnten, erfuhr die Sklaverei in Kuba einen immensen Ausschwung. In Nordamerika waren „60 Jahre nach der Unabhängigkeit mehr schwarze Menschen versklavt als je zuvor“. In den südlichen Regionen der Plantagenwirtschaft boomte sie, während sie nördlich von Virginia „erheblich an Rückhalt verlor“. Überall waren diese Jahre der Abolition von Aufständen und Freiheitsbewegungen der Sklavinnen und Sklaven gekennzeichnet – oft blutig und grausam unterdrückt aber zunehmend erfolgreich. Doch eine Entlassung der Menschenware in die „freie Lohnarbeit“ des Proletariats im Kapitalismus war stets verbunden mit arbeitsvertraglichen Kneblungen, die es mit dem Begriff Lohnsklaverei wörtlich nahmen. Und auch mit der Dekolonisierung „verschwand das Problem der unter Zwang durchgeführten Arbeit nicht“. So gibt es auch in der heutigen Zeit, in der die Sklaverei de jure weltweit schon lange abgeschafft sein soll, Formen der Arbeit und der sozialen Herrschaft über Arbeitende, die denen der Sklaverei nahe kommen. Menschliche Arbeitskraft als weltweit manövrierbare „Wegwerfware“, und das noch bedeutend billiger als Menschenware in den Hochzeiten der Sklaverei. Auf 35,8 Millionen Menschen wird die Zahl derer geschätzt, die im 21. Jahrhundert ihre Existenz als Sklavinnen und Sklaven fristen müssen. In kollektiven Gedächtnissen und Praktiken manifestiert sich Sklaverei heute in „diversen Praktiken, Ideologien, sozialen und wirtschaftlichen Hierarchien, Landschaften und Monumenten.“ Der Autor appelliert, die Auseinandersetzung damit zu praktizieren und einzufordern, „insbesondere durch jene, deren Vorfahren oder die selbst zu den Geschädigten dieses Komplexes gehören.“

PS

„Aus dem Schatten der Erinnerung. Spurensuche zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion - in Niedersachsen“

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-L19830 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 DE via Wikimedia Commons

Die VVN-BdA hatte zu einer Konferenz am 3. Juli 2021 in den Raschplatz-Pavillon eingeladen. Nach einer Begrüßung durch Mechthild Hartung und Andreas Nolte wurde ein Überblick über Veranstaltungen und Kundgebungen der VVN-BdA in Niedersachsen in den vergangenen Wochen gegeben.
In dem Einführungsvortrag *„Vernichtungskrieg im Osten – Die Wehrmacht beim Völkermord“* wies der Historiker Hannes Heer darauf hin, dass die deutsche Erinnerungskultur sich auf den Holocaust konzentriert und die ca. 30 Millionen Opfer des zweiten Völkermordes – den an den „slawischen Untermenschen“, wie Hitler sie nannte – fast vollständig ausblendet. Während der Großteil der Juden von einer halben Million Angehöriger von SS, Polizei und lokalen Kollaborateuren ermordet wurde, sei für den Tod der übrigen Opfer die Wehrmacht verantwortlich gewesen. Von den mehr als 11 Millionen Rotarmisten und mindestens 17 Millionen Zivilisten wurden 2 bis 3 Millionen ermordet, weil sie Juden waren, die übrigen seien bei Vergeltungsaktionen oder im Rahmen des Partisanenkrieges, durch Zwangsarbeit und durch die erbarmungslose Hungerpolitik der Besatzer gestorben.
Heer legte in seinem Vortrag dann einen Schwerpunkt auf die in der Nachkriegszeit und während des kalten Krieges lange erfolgreichen Bemühungen, die Wehrmachtsverbrechen zu vergessen zu lassen. Er blickte schließlich zurück auf die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Hannes Heer war wissenschaftlicher Gestalter dieser Ausstellung gewesen, die immer noch eng mit seinem Namen verknüpft ist, von 1995 bis 1999 in 34 Städten gezeigt wurde und endlich der breiten Öffentlichkeit den Blick auf die aktive Beteiligung der deutschen Wehrmacht an NS-Verbrechen geöffnet hatte.
In einer Podiumsdiskussion blickten – moderiert von Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR) – Dr. Rolf Keller (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten), Andreas Ehresmann (Leiter der Gedenkstätte Lager Sandbostel), Vera Hilbich (Autorin „Der ‚Friedhof der Namenlosen‘ in Oerbke“) und Katja Seybold (Kuratorin Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen) zurück unter dem

Thema *„Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit – Tat- und Gedenkorte in Niedersachsen nach dem 22.Juni 1941“.* Aus den Beiträgen war zu ersehen, dass die in Niedersachsen mittlerweile recht gut entwickelte Forschungs- und Gedenkstättenarbeit in nahezu allen Fällen auf intensive Bemühungen bürgerschaftlich engagierter Menschen zurückgeht.
Beiträge des Schauspielers Rolf Becker, von Frank Heidenreich (IG Metall BZ Berlin), Lühr Henken (Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag) ergänzten die Veranstaltung, die durch poetische und musikalische Beiträge begleitet wurde. Im Verlauf der Konferenz wurde dankenswerterweise auf ein Taschenbuch zum Thema hingewiesen das hier auch noch einmal ausdrücklich empfohlen werden soll:
Hannes Heer / Christian Streit: Vernichtungskrieg im Osten. Judenmord, Kriegsgefangene und Hungerpolitik.Herausgegeben und mit einem Vorwort von Frank Heidenreich und Lothar Wentzel, 2020 ,240 Seiten EUR 19.80 ISBN 978-3-96488-039-0

Die Konferenz hätte mehr Teilnehmer*innen verdient, sie wurde aber – zumindest im Raum Hannover – leider sehr verhalten beworben. Die gesamte Veranstaltung kann aber auf der Webseite der VVN-BdA https://niedersachsen.vvn-bda.de oder auf https://www.youtube.com/watch?v=j-3290KZy9I angesehen werden.

Horst Dralle

Verbrechen der Wehrmachtjustiz 1934 - 1946

Eine Veranstaltung mit Peter Lutz Kalmbach

Etwa zwanzig Interessierte fanden sich am 25. Juni 2021 zu einer Präsenzveranstaltung des Arbeitskreises *Ausstellung Wehrmachtjustiz in Hannover* im Netzwerk Erinnerung und Zukunft im Freizeitheim Linden ein, um dem Bremer Wissenschaftler Peter Lutz Kalmbach bei seinen Ausführungen über das Wirken der Wehrmachtsjustiz des Nationalsozialismus in der Zeit von 1934 bis 1946 zuzuhören.
Diese Veranstaltung war schon für den Spätherbst letzten Jahres geplant, um als Weiterbildungsinput den Mitgliedern des Arbeitskreises und anderen Interessierten Impulse für Durchführung der nun für Mai/Juni 2022 zu präsentierenden Ausstellung *„Was damals Recht war ...‘ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht*“ der *Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas* in Hannover zu geben.
Mit dem „Einführungsgesetz zur Militärstrafgerichtsordnung“ 1. Januar 1934 etablierte der NS-Staat die Organe der Militärjustiz: Rechtsabteilungen Kriegsgerichte, Reichskriegsgericht. Die NS-Führung nahm damit eine Klage des Weltkriegsgenerals Ludendorff auf, der die „weiche Auffassung unter den Richtern" im Ersten Weltkrieg angeprangert hatte und dies, obwohl tödliche Gewalt der kaiserlichen Militärjustiz massiv gegen Soldaten und Zivilisten in den besetzten Gebieten ausgeübt wurde. Nun sollten „rechtliche Abwehrmaßnahmen im totalen Krieg“ „den Schutz der geistigen Wehrkraft“, so zeitgenössische Kommentare, garantieren. Militärstrafgesetzbuch, (Reichs)-Strafgesetzbuch, Sonderstrafrechtsverordnung und strafrechtliche Nebengesetze sollten bedingungslosen Gehorsam in der Wehrmacht sicherstellen Denn: „Unser Recht verlangt vom Soldaten bedingungslosen Einsatz seiner Person

für Volk und Vaterland bis zur Aufopferung seines Lebens. Wenn es die befehlsgemäße Durchführung einer militärischen Aufgabe notwendig macht, hat er in der Gefahr auszuharren, selbst auf die Wahrscheinlichkeit hin, den Tod zu erleiden.“ Ein weitverzweigtes System von Verfolgungsorganen, des Freiheitsstrafenvollzugs und ein rigoroses Strafregime, das geschätzt 50.000 Todesurteile verhängte, sollte diese „Wehrhaftigkeit“ neben den sowieso geltenden militärischen Disziplinarstrafen-System durchsetzen. Ein weitverzweigtes Kontroll- und Verfolgungsnetz in Deutschland und den besetzten Gebieten sollte Wehrmachtsangehörige und „verdächtige“ Zivilisten aufspüren und aburteilen.

Erschießung von mutmaßlichen Partisanen durch Angehörige der Ordnungspolizei, Sowjetunion 1941; Quelle: PPT Präsentation Kalmbach

Wehrmachtsangehörige, die der Todesstrafe entkamen und von den Militärjustizbehörden als „besserungsfähig und -willig“ kategorisiert wurden, kamen in gesondert eingerichtete Gefängnisse oder zum Arbeits- und Kampfeinsatz an die Front. „Wehrmachtsstrafgefangenen (kommen) deshalb unter härtesten Lebens- und Arbeitsbedingungen möglichst im Kampfgebiet der Ostfront unter Feindeinwirkung zum Einsatz, um schwachen Elementen den Anreiz zu nehmen, sich durch Straffälligkeit dem Kampfeinsatz an der Front zu entziehen“. So bezeichnete „Wehrunwürdige“ wurden in Straflager – etwa die Emslandlager – verbracht oder konnten auch in einer „Bewährungstruppe“ („Führererlass“ v. 21.12.1941) zu besonders gefährlichen, todbringenden Einsätzen versetzt werden. Auch des Widerstands bezichtigte Menschen in den besetzten Gebieten unterlagen der Militärgerichtsbarkeit. In der Endphase des Kriegs mordeten „fliegende Standgerichte“ versprengte Soldaten und „übelste Verräter an der Gemeinschaft des deutschen Volkes“, so in einem Rundschreiben von Reichsleiter Bormann vom 9. März 1945. „Ab 3.2.1945 mittags sind alle Soldaten aller Wehrmachtsteile, die abseits ihrer Einheit auf Straßen, in Ortschaften, in Trossen oder Ziviltrupps, auf Verbandsplätzen, ohne verwundet zu sein , angetroffen werden und angeben, versprengt zu sein und ihre Einheit zu suchen, standrechtlich zu erschießen.“

„Das künftige Frontgerichtsverfahren wird verselbständigt werden“; Quelle: PPT Präsentation Kalmbach

Peter Lutz Kalmbach breitete dieses und anderes Material anschaulich und spannend erzählt vor den Arbeitskreismitgliedern aus, die nun um vieles schlauer ihre Arbeit an dem Thema bis zur Präsentation der Ausstellung im nächsten Frühjahr fortsetzen. Der Referent wird dann wieder nach Hannover kommen und vor einem sicher größeren Publikum – Corona-Einschränkungen werden dann hoffentlich nicht wie jetzt den Rahmen begrenzen – sein Wissen vermitteln.
PS

Künstlerische Begegnung mit der Maschseekunst

Erster Test erfolgreich - Fortsetzung erwünscht

Sieben Schülerinnen der Tellkampfschule sind am Wochenende vom 16. - 18. Juli über sich hinaus gewachsen. Stundenlang standen sie vor ihren Installationen Rede und Antwort. Sie hielten Ignoranz, Aggression stand und haben immer wieder differenziert auf die interessierten Fragen der Passanten reagiert und dabei manche Woge geglättet. Natürlich gab es auch Lob und Beifall und vielen schöne Kommentare in einem ausliegenden Gästebuch. Besonders beeindruckend war, dass sie in ihrem Alter offensiv auf die Menschen zugegangen sind, um ihre Kunstwerke zu erklären. Mit der Zeit kamen noch einige Mitschüler*innen hinzu und sie wurden auch von aktuellen aber auch ehemaligen Lehrer*innen ihrer Schule unterstützt.
Die Gruppe hat sich zwei Plastiken ausgesucht, über die Entstehungsgeschichte geforscht und dann eine künstlerische Intervention entwickelt. So entstanden im Prozess mit den Schülerinnen zwei recht provokante Versionen, die den Passanten an diesem Wochenende aufgefallen sein müssten. Dazu haben sie ca. 1.000 Flyer mit Hintergründen verteilt und zwei große Banner aufgehängt, die Hintergründe erläuterten. Dort stand z. B. dass in der Mitte der Löwenbastion ursprünglich ein gigantischer Fahnenmast mit der Reichsflagge stand. Die Löwen fungierten als Verteidiger dieser Ideologie. „Eigentlich müsste man hier eine ganz andere Fahne aufstellen und schon hätte man ein zeitgemäßes Kunstwerk“, lautete eine Idee der Schülerinnen.
Der Prozess bei Kolbes Menschenpaar war besonders interessant. Zunächst gingen die Schülerinnen davon aus, dass es sich um idealisierte arische Menschen handelt. Diese Sichtweise wurde nach und nach und besonders nach einem Gespräch im Kolbe Museum in Berlin differenziert und relativiert werden. Am Ende kamen die Schülerinnen zu dem Schluss, dass es sich bei dem Menschenpaar um einen Akt des Widerstands handelt. Nicht zuletzt haben jüdische Geschwister für Kolbe Modell gestanden. vgl. http://www.georg-kolbe-museum.de/wp-content/uploads/2011/12/Georg-Kolbe-in-der-NS-Zeit.pdf

Auch die Veranstaltungen zu Beginn und am Ende waren ein voller Erfolg. Besonders emotional war die symbolische Öffnung der europäischen Grenzen unter den Klängen von BrassWoofer. Zur Eröffnung sprach Bürgermeister Pollähne und das Bläserensemble der Herschelschule lieferte einen festlichen Rahmen.
Das Fazit der Schülerinnen: viel zu viele der Passanten wussten zu wenig über die Kunstwerke und den Maschsee selbst. Die Kunstaktion hat viele Menschen sensibilisiert und den Blick erneuert - Erinnerungskultur eben.
Das Echo kann sich sehen lassen. In den sozialen Medien wurde die Aktion schnell zum Thema, die HAZ schrieb einen ausgesprochen differenzierten Artikel im Stadtanzeiger vom 22. 07, h1 berichtete in den 0511-Nachrichten https://youtu.be/pRtAzAORldU?t=725 und auch im Fahrgastfernsehen wurde die Aktion thematisiert. Die Initiatoren des Projektes hatten wohl einen Nerv getroffen. „Diese Aktion war längst überfällig“, war der Tenor einiger Kommentare.

Fotos: E. Saathoff

Wie geht es weiter? Die Schülerinnen arbeiten an einem Abschlussbericht, den sie nach den Wahlen im Rathaus vorbeibringen wollen. Darin wollen sie Forderungen und Kritikpunkte formulieren.
Ich wünsche mir, dass die Idee aufgenommen wird und in der nächsten Runde schon mit mehr Schüler*innen und vielleicht zwei oder drei Schulen veranstaltet wird. Der Maschsee hat ja noch mehr Kunstwerke zu bieten, die eine ähnlich spannende Historie mit sich bringen. Warum nicht einen Schul-Wettbewerb ausrufen und dann die besten Entwürfe am Maschsee umsetzen im Rahmen eines Maschsee-Kunstfestival?! Ich würde mich sehr freuen, wenn sich eine der zahlreichen Initiativen oder Vereine in Hannover, die sich um die Erinnerungskultur kümmern, diese Idee aufnehmen würden.

Eiko Saathoff, Lehrer an der Tellkampfschule
Weitere Impressionen: https://www.instagram.com/adolf.art.project/ Der Name des Projekts verdeutlicht die Verquickungen: Adolf Tellkampf 1835 war der Gründer der Tellkampfschule

Impressum:
Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins.

In Covid-19 Zeiten erscheint zum Ende der geraden Monate ein **Newsletter EXTRA** nur mit Veranstaltungsankündigungen. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 26. Juli 2021. Redaktionsschluss des nächsten regulären Newsletters ist der 27. September 2021.**

Redaktionsschluss des nächsten Newsletter EXTRA ist der 23. August 2021.

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS
Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122; erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

Landeshauptstadt Hannover